

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM SOMMER 1961

Der dritte Deutsche Bundestag hat seine Arbeiten abgeschlossen. Innerhalb von vier Jahren hat er in 161 Sitzungen nicht weniger als 424 Gesetze verabschiedet. Über 2500 Ausschusssitzungen leisteten die entsprechenden Vorarbeiten. Niemand wird dem Parlament der Bundesrepublik den Vorwurf machen können, es habe nicht, fleißig genug gearbeitet. Die Todesrate von 22 Abgeordneten oder fast 4 vH war außerordentlich hoch und ist nicht zuletzt eine Folge der Arbeitsüberlastung.

Die Anerkennung für den Fleiß des Hohen Hauses kann uns aber nicht davon abhalten, Kritik an der Qualität und der systematischen Einteilung der parlamentarischen Arbeit zu üben. In den letzten beiden Verhandlungstagen des Juni allein wurden nicht weniger als 30 Gesetzentwürfe und 40 andere Vorlagen durch den Bundestag hindurchgejagt. Die Eile, mit der das geschah, ging meist auf Kosten einer gründlichen Durcharbeitung. Von den in den letzten Sitzungen mit Hilfe der Regierungsmehrheit durchgepeitschten Entwürfen sind zu nennen: Steuererleichterungen für den Mittelstand, das Sozialhilfegesetz, die Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz und ein Gesetz zur Erschwerung der Ehescheidung.

Umstrittene Sozialgesetze

Heftige Kritik der Sozialdemokraten wie der Freien Demokraten fanden vor allem die beiden erwähnten Sozialgesetze, weil sie darauf abzielen, die Aufgaben der Kommunen zum Vorteil der freien Verbände abzubauen, und die Ehegesetznovelle, die das Zerrüttungsprinzip weitgehend einschränkt und nach den Worten des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. *Arndt* einen Rückfall hinter das Jahr 1900 darstellt. Ein Gesetz, das nun auch für das zweite Kind in beschränkten Einkommensgrenzen ein Kindergeld gewährt, wurde von der Opposition deshalb scharf kritisiert, weil es nach Ansicht der Sozialdemokraten viel zu enge Grenzen zieht, im übrigen aber nach gemeinsamer Ansicht von SPD und FDP durch Schaffung eines zweiten Auszahlungsinstituts das Durcheinander auf diesem Gebiet noch schlimmer macht, als es bisher schon war.

Zu beanstanden an der Arbeit des dritten Bundestages ist, daß er, während er, besonders zuletzt, weniger eilige Gesetze vorzog, auf den Nägeln brennende Probleme unerledigt seinem Nachfolger überlassen hat. Die groß angekündigte Krankenversicherungsreform ist ebenso wie die Reform der Unfallversiche-

rung auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Große Strafrechtsreform, die Revision des Aktien- und Urheberrechts, die der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 für die dritte Legislaturperiode als an erster Stelle stehend bezeichnet hatte, sind nicht zustande gekommen. Nicht einmal zu einer Reform des 85 Jahre alten und in vielen Bestimmungen zum Grundgesetz in schreiendem Widerspruch stehenden Strafprozeßrechts hat man sich — nach einer vorübergehenden Aufwallung im Jahre 1960 — aufschwingen können. (Monsterprozesse, wie der um Maria Rohrbach, haben die Dringlichkeit einer solchen Reform besonders augenfällig gemacht.) Die vor zwölf Jahren vom Grundgesetz erteilten Aufträge zur Schaffung eines Parteiengesetzes (Rechenschaftslegung) und zur Ausarbeitung eines Gesetzes über die Gleichstellung der unehelichen Kinder sind immer noch nicht ausgeführt worden. Es wird nachgerade eine verfassungsrechtliche Notwendigkeit, Regierung und Parlament durch Spruch in Karlsruhe dazu zu zwingen.

Kein Notstandsgesetz!

Eines wird man mit ungeteilter Freude begrüßen: daß das Notstandsgesetz in der von Innenminister *Schröder* vorgelegten Fassung nicht zustande gekommen ist. Zwar geben auch Oppositionelle, besonders rechtskundige, zu, daß die Schaffung eines Notstandsrechtes schon deshalb zu empfehlen wäre, damit die alliierten Vorbehalte aus den Überleitungsgesetzen abgelöst werden können. Zum Glück überwiegen aber die Befürchtungen, ein solches Notstandsgesetz könnte von der Regierung bei Lohnkämpfen und anderen Streitigkeiten um die Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer einseitig gegen diese und ihre Interessenvertretungen, die Gewerkschaften, mißbraucht werden. Hier verdient besonders die scharfe Ablehnung einer Notstandsgesetzgebung Beachtung, die Ende Juni auf dem 4. ordentlichen Kongreß der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in Berlin zum Ausdruck kam. Die scharfen Stellungnahmen auf dem Berliner ÖTV-Tag kommen nicht von ungefähr, haben doch die letzten Monate geradezu eine Schwemme an gewerkschaftsfeindlichen Auslassungen, ja von offenen Drohungen, aus dem Mund prominenter Regierungspolitiker gebracht.

Gewerkschaftsfeindliche Reden

Eine demonstrative Kombination von Gewerkschaftsfeindlichkeit und Schrei nach dem Notstandsgesetz stellte Mitte April die Landesversammlung der Bayerischen Jungen Union in Kempten im Allgäu dar. Da wetterte der Bundeswirtschaftsminister Prof. *Erhard* gegen die Gewerkschaften, weil bei ihren Lohnforderungen angeblich „die D-Mark-Aufwertung

nicht existent“ sei, und er bedrohte sie dann offen mit der Redensart „Wer nicht hören will, muß fühlen“. Auf der gleichen Tagung erklärte der Bundestagsvizepräsident *Jaeger*, dessen Vorliebe für Franco-Spanien ebenso bekannt ist wie seine immer wiederkehrende Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe (auch für Hochverrat!), nach der Bundestagswahl müsse die CDU/CSU allein oder zusammen mit einer anderen Partei die verfassungsändernde Mehrheit für ein Notstandsgesetz zustande bringen; wenn dies nicht gelänge, wäre die Regierung, um „den Untergang des Staates abzuwenden, gezwungen, außerhalb der Verfassung oder gar gegen sie tätig zu werden“. Eine solche Erklärung hätte einen gewöhnlichen Bürger hart in die Nähe des Staatsanwaltes gebracht, sagte ÖTV-Vorsitzender *Kummernuss* mit Recht dazu.

Zwei Monate später hat Prof. *Erhard* seiner Gewerkschaftsfeindlichkeit die Krone aufgesetzt. Im Kölner Gürzenich erklärte er vor dem Zentralverband des Deutschen Handwerks zu den Forderungen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen, wer Vorteile dadurch zu erzielen versuche, daß er anderen Leuten das Geld aus der Tasche ziehe, um brutal seine Macht zu mißbrauchen, der müsse auch gewärtig sein, daß ihm eine andere Macht entgegengesetzt werde. Wer den Staat und das Preisgefüge untergrabe, der gehöre nicht in den Bereich der Wirtschaft, sondern dem gehöre das Handwerk gelegt.

Höchst aufschlußreich ist, wie Herr *Erhard* — der sich gern als den Vater der freien Marktwirtschaft preisen läßt — in dem Augenblick, in dem die Arbeitnehmer und ihre Organisationen für die menschliche Arbeitskraft das gleiche freie Spiel in Anspruch nehmen wie die Unternehmer, in Marktordnungsvorstellungen zurückfällt, die er vor gut 20 Jahren, unter dem NS-Regime, literarisch vertreten hat. Man beachte seine autoritären Gedankengänge: Das Preisgefüge ist (notabene nur von der Lohnseite her!) ein Fundament des Staates; wer es untergräbt, unterminiert auch den Staat; wer es tut, dem wird eine andere Macht entgegengesetzt. -

Eingriff in die Tarifautonomie

Von der verächtlichen Art, wie das legitime demokratische Verlangen nach besserer Bezahlung von Herrn *Erhard* als „anderen Leuten das Geld aus der Tasche ziehen“, also als eine Art Taschendiebstahl dargestellt wird, wollen wir nicht weiter sprechen. Aber man sollte sich doch ernsthaft überlegen, ob es noch einen Sinn hat, mit Leuten solcher Geistesart und Umgangsformen überhaupt zu verhandeln. Herrn *Erhard* gehen als Bundeswirtschaftsminister Lohnverhandlungen und Lohnkämpfe ohnehin so gut wie nichts an, da

diese Sache der Tarifpartner sind. Er hat sich schon des öfteren, so bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Bad Kreuznach, sagen lassen müssen, daß er nicht in die Tarifautonomie einzugreifen habe.

Vielleicht finden sich in Herrn *Erhard*s Ministerium einige Juristen, die ihren Minister einmal auf die einschlägigen Artikel des Grundgesetzes und Paragraphen des Strafgesetzbuches aufmerksam machen, mit denen er in seiner Brandrede im Gürzenich in gefährlicher Berührung gekommen ist. Wir wissen nicht, ob er sie nicht kennt oder ob er ohne Gefahr über sie hinwegpoltern zu können glaubt. *Erhard* tut in letzter Zeit alles, um des Kanzlers These zu untermauern, daß er, *Erhard*, nichts von der Politik verstehe — weder von ihrer gesetzlichen Grundlage noch von der Kunst, mit den verschiedenen Faktoren des politischen Lebens umzugehen.

Die unerhörte Art und Weise, wie bestimmte Minister und andere Politiker immer wieder die legitimen Funktionen der Gewerkschaften im demokratischen Staat mißachten zu können glauben, ist eine der übelsten Erscheinungen unseres politischen Lebens. Demgegenüber ist es höchst verdienstvoll, wenn *Walter Dirks* auf dem ÖTV-Tag in Berlin und in einem Aufsatz im Juliheft der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* darauf hingewiesen hat, daß die Gewerkschaften mehr als nur Tarifpartner, sondern die gegebenen Verteidiger der Demokratie sind. Der Katholik *Dirks* hat auch die einzig richtige Antwort auf das verdächtige Notstandsgedrängel gegeben: „Sollte die militärische Macht in den entscheidenden Stunden nicht in der Hand einer wirklich demokratischen Führung liegen, dann ist die Gewerkschaft die einzige Macht, vorausgesetzt, daß sie genügend vorbereitet und mobilisierbar ist.“ Das ist gleichzeitig eine ernste Mahnung.

Verlängerung der Legislaturperiode?

Unter dem Gesichtspunkt der Gefahr einer Machtstabilisierung sollte auch die Frage beurteilt werden, mit der sich die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in ihrer letzten Sitzung vor den Ferien beschäftigte: die Frage einer Verlängerung der Legislaturperiode des Bundestages um ein Jahr. Das erste Jahr brauche der Bundestag jeweils zur Vorbereitung der Gesetzesarbeit, das letzte leide unter dem bevorstehenden Wahlkampf; unter diesen Umständen erhebe sich die Frage, ob vier Jahre für eine Legislaturperiode nicht zu kurz seien, argumentierte Fraktionsvorsitzender Dr. *Krone*. Durch eine solche Verlängerung würde aber unseres Erachtens der repräsentative und Managercharakter der Volksvertretung verstärkt zum Nachteil des ohnehin schon stark zurückgedrängten plebiszitären Elements, also die Mitwirkung des Wählers an der politischen Willensbildung noch stärker

reduziert, die Macht der Mehrheit, die sich ohnehin schon mit allen Mitteln gegen einen Wechsel am Ruder zur Wehr setzt, noch mehr stabilisiert. Wir halten solche Bestrebungen für höchst bedenklich, zumal schon Stimmen laut wurden, dann müßten auch die Landtage eine fünfjährige Legislaturperiode erhalten. Die vierjährige Legislaturperiode ist im Grundgesetz wie in den Landesverfassungen festgelegt. Zu ihrer Verlängerung wäre in jedem Falle eine verfassungsändernde Mehrheit erforderlich. Es besteht begründete Hoffnung, daß sie nicht zustande kommt.

Wettlauf der beiden Großen

Der auf vollen Touren laufende Wahlkampf steht ganz im Zeichen einer Auseinandersetzung zwischen den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD. Die letzten Monate haben ein Auf und Nieder der Meinungsbefragungsergebnisse gebracht, das die CDU mit einem einmal größeren, einmal geringeren Abstand in Führung sah. Die christlichen Demokraten haben das zwar mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, aber dennoch nicht ihren Mißmut über die trotz heranahenden Wahltermins immer noch ungewöhnlich große und sogar gestiegene Zahl von unentschiedenen Wählern unterdrücken können. Besonders Bundeskanzler *Adenauer* warnt seine Parteifreunde immer wieder davor, ihres Sieges schon allzu sicher zu sein. Unbehagen erwecken bei der CDU/CSU die unbestreitbaren Sympathieerfolge, die der sozialdemokratische Kanzlerkandidat und Regierende Bürgermeister Berlins, *Willy Brandt*, bei seinen Reisen vor allem durch die Kleinstädte und ländlichen Gegenden der Bundesrepublik erzielt hat. Die CDU/CSU ist, offenbar unter dem Einfluß ihrer besonneneren Elemente, in den letzten Wochen mehr und mehr davon abgekommen, *Willy Brandt* und andere Sozialdemokraten wegen ihrer Emigration in der NS-Zeit anzugreifen. Vor allem im Ausland hatte sich die Wirkung dieser Angriffe als gefährlicher Bumerang gegen die CDU/CSU ausgewirkt, besonders in Kombination mit dem *Eichmann-Prozeß*. Die allgemeine Diffamierung der Sozialdemokraten im Wahlkampf als „strohdumm“ (Konrad Adenauer), als gefährliche Phantasten und als Gefährder des Erreichten hat sich aber eher noch verstärkt.

In dieser Situation ist den Sozialdemokraten aus den USA eine Hilfe gekommen, die sie offensichtlich nicht erwartet hatten. Ein Parteifreund Präsident *Kennedys*, der 50jährige Senator *Hubert Humphrey*, profiliertes Fraktionsvorstandsmitglied der Demokratischen Partei und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, erklärte vor jungen Diplomatenanwärtern der Georgetown-Universität in Washington: „Die demokratischen Sozialisten

verkörpern die Zukunft, und wir sollten uns endlich mit ihnen verständigen. Sie sind die stärkste antikommunistische Kraft in der Welt, weil sie dem Kommunismus ihr Konzept der Freiheit und der Beseitigung der Not entgegenzusetzen haben ...“ Eine ähnliche Äußerung zugunsten der deutschen Sozialdemokraten ist schon vor Jahren von *John F. Kennedy* selbst bekanntgeworden. *Humphrey* verbindet seine Anerkennung für die Sozialdemokraten mit herber Kritik an der „alten, müden und absterbenden Rechten“.

Erhard, Krone und andere

Beträchtliche Sorgen bereiten der CDU/CSU auch personelle Fragen. Zwar hat sich der Bundeskanzler mit Mühe die Wahlkampfformel „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“ abringen lassen. In Wirklichkeit weigert er sich, Erhard als seinen Nachfolger anzuerkennen. Die Sozialdemokraten haben dieses Dilemma geschickt ausgenutzt und in Anpassung an einen — übrigens durch die Ereignisse bestätigten — Slogan aus der Zeit von vor 1933 („Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“) den Spruch geprägt: „Wer Adenauer wählt, wählt *Strauß*“. Neuerdings deutet vieles darauf hin, daß Adenauer den Chef der Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Krone, als seinen Nachfolger ausersehen hat. Er hat Krone kürzlich mit einem Auftrag nach Paris geschickt; er hat in der letzten Fraktions-sitzung Krones Eigenschaften gerühmt, und er tut alles, ihn in den Vordergrund zu schieben.

Währenddessen warten im Hintergrund andere. Innenminister *Schröder* ist durch seine schroffe Art und die Kontaktlosigkeit auch gegenüber seinen Freunden mit wichtigen Gesetzentwürfen — Notstandsgesetzgebung, Gesetz über Ein- und Ausreise — gescheitert und hat viel an Ansehen eingebüßt. Der noch jüngere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, *Kai-Uwe von Hassel*, gleichzeitig Wahlkampfleiter der Partei, ist — ob zu Recht oder Unrecht, mag dahingestellt bleiben — belastet durch den *Heyde-Sawade-Skandal* und andere Affären, die dem von ihm regierten Bundesland im In- und Ausland den Ruf eingetragen haben, ein Hort alter Nazis zu sein. Immer mächtiger drängt der Verteidigungsminister *Franz Josef Strauß* nach vorn, besonders seitdem er auch Landesvorsitzender der bayerischen CSU geworden ist.

Strauß tut zwar ahnungslos, indem er, auf diese Frage von Journalisten angesprochen, mit allzu betonter Wurstigkeit antwortet, er sehe nicht ein, wieso die drittstärkste Partei (die CSU) den Kanzler stellen solle. Aber in Wirklichkeit arbeitet es heftig in ihm; man merkt das aus seinen Reaktionen. *Strauß* weiß nämlich sehr gut, daß seinem Ehrgeiz bis heute noch seine mangelnde Popularität im Wege steht, die nicht nur auf sein Amt

als Verteidigungsminister, sondern mehr noch auf seine äußere Erscheinung und auf die eisenfresserischen Reden zurückzuführen ist, die er gehalten hat.

Der abgewertete Gerstenmaier

Leider deutet zur Zeit wenig darauf hin, daß in der Bundesrepublik über kurz oder lang eine ruhigere politische Atmosphäre zustande kommen könnte, in der eine gemeinsame Politik, wie sie angesichts der sowjetischen Drohungen in der Berlin-Frage dringend notwendig wäre, geführt werden, geschweige denn nach außen überzeugend wirken würde. Die Feiern des 17. Juni fanden zwar in diesem Jahr ein stärkeres Echo in der Bevölkerung als sonst. Auch die gemeinsame Erklärung aller Fraktionen, die Bundestagspräsident *Gerstenmaier* in der letzten Plenarsitzung am 30. Juni im Auftrage des Gesamtdeutschen Bundestagsausschusses verlas und in der ein Friedensvertrag mit ganz Deutschland und das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk gefordert wurde, war eindrucksvoll. Aber jede Diskussion dieses Problems im Wahlkampf droht in gegenseitige Beschuldigungen und Diffamierungen auszuarten, wie sich erwies, als Bundeskanzler Adenauer bereits zwei Tage nach der Gerstenmaier-Erklärung in einer Wahlversammlung sagte, die Erklärung dürfe nicht „extensiv interpretiert“ werden. Das hat bei ausländischen Diplomaten Zweifel daran aufkommen lassen, ob die von Gerstenmaier verlesene Erklärung wirklich von allen Abgeordneten des Hauses gebilligt wurde, zumal auch Bonner Auslandskorrespondenten, wie etwa derjenige der *Neuen Zürcher Zeitung*, in diesem Sinne berichteten. Der Vorfall hat jedenfalls klar werden lassen, daß die CDU/CSU aus wahltaktischen Gründen zur Zeit im Inland nicht den Eindruck einer gemeinsamen Außenpolitik entstehen lassen möchte. Auf der anderen Seite scheint man in Bonn zu fürchten, daß der Höhepunkt der Berlinkrise mit dem Kulminationspunkt des Bundestagswahlkampfes Anfang September zusammenfallen könnte und daß dann die sozialdemokratischen Politiker von einer „Wahlhilfe Chruschtschows für Adenauer“ sprechen könnten.

Nationalistische „Verzicht“-Hetze

Im Zusammenhang mit der Deutschland-Frage ist neuerdings wieder eine Gefahr deutlich geworden, die in den letzten Jahren gelegentlich schon einmal kurz aufgeblitzt ist: die des nationalen oder nationalistischen Radikalismus; wir erinnern dazu an den Aufsatz „Wie steht es mit dem deutschen Revanchismus“ von *Helmut Lindemann* im Juliheft dieser Zeitschrift. Der frühere BHE-Politiker *Dr. Gille*, heute prominentes Mitglied der aus

Deutscher Partei und BHE zusammengeführten Gesamtdeutschen Partei (GDP), forderte auf einer Tagung in Goslar, der Bundeskanzler solle „Schwätzern“ wie dem CSU-Abgeordneten Freiherr *von Guttenberg* „den Mund verbieten“, andernfalls könne auch ihm (dem Bundeskanzler) nicht mehr geglaubt und vertraut werden. Anlaß dazu soll Guttenberg gegeben haben, weil er die Forderung nach Freiheit für „die letzten 17 Millionen deutscher Kriegsgefangener Chruschtschows“ vor die Forderung nach Wiedervereinigung gestellt habe. Außerdem wiederholte Gille seine frühere Forderung, es müßte eine Liste der „Verzichtspolitiker“ aufgestellt und herausgegeben werden.

Hier muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Man mag die Ideen des Barons von Guttenberg für noch so abwegig halten, solange sie nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstoßen, hat niemand das Recht, ihm den Mund zu verbieten.

Das Wort „Verzichtspolitiker“, das Herr Gille in Goslar nicht zum ersten Mal gebraucht hat, erinnert verteufelt an das Schimpfwort „Erfüllungspolitiker“ aus der Weimarer Zeit. Man wird Leuten wie Herrn Gille nicht gestatten dürfen, dieses unrühmliche Beispiel nachzuahmen und sich — als Ersatz für ausgelaufene BHE-Pfründe — eine neue politische Existenz auf der nationalistischen Haßphrase aufzubauen.

Es entspricht ganz den üblen deutschnationalen und NS-Praktiken der Weimarer Zeit, wenn Herr Gille sich anmaßt, von sich aus zu bestimmen, wer ein anständiger Mensch ist und wer nicht, wer zur „Gemeinschaft“ gehört und wer nicht. Nazistisches Verbrechen hat viel zu lange Andersdenkende aus der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen, als daß wir uns eine Wiederkehr solcher Sprüche gefallen ließen. Auch an das „Dreimal ausspucken“ erinnern wir uns noch ebenso wie an Drohungen von der Gilleschen Art, daß nämlich der Tag kommen werde, an dem Andersdenkende „auf dem Abfallschutthaufen des deutschen Volkes abgeladen würden“. Das klingt schon wieder nach Rollkommandos, Zähne einschlagen und Schlimmerem. Es ist einfach ein Skandal, noch dazu in den Tagen des Eichmann-Prozesses.

Dazu ist die Immunität eines Abgeordneten — auch in Schleswig-Holstein! — nicht da, daß in ihrem Schutz solche unerhörten Reden geführt werden, welche Mitbürger aufs schlimmste bedrohen und uns alle, die wir das dulden, in der Welt in den Ruf bringen, unverbesserliche Nazis zu sein. Wir wollen keineswegs allen Teilnehmern des GDP-Kongresses unterstellen, daß sie gleichen Geistes seien; daß sie Herrn Gille widerspruchslos anhörten, ist ater beunruhigend genug.

Dr. Hans Henrich